



PETER MACDARMID / GETTY IMAGES

Demonstranten, Soldaten auf dem Tahrir-Platz in Kairo: *Die Bühne, auf der sich der Kampf der Ägypter für die Demokratie abspielte*

Ein Traum von Freiheit

Die ägyptische Revolution ist fragil – noch ist nicht ausgemacht, wohin sie führen und wie sehr sie die Statik der arabischen Welt verändern wird. Aber sie gibt Anlass zur Hoffnung: Nicht bärtige alte Männer greifen nach der Macht, sondern junge Menschen, die sich nach Demokratie sehnen.



GORAN TOMASEVIC / REUTERS

Mubarak-Gegner bei Straßenschlacht mit Mubarak-Schergen: Die Brutalität eines Regimes, das sich nicht vertreiben lässt

Eine Fahrt vom Tahrir-Platz in der Innenstadt von Kairo zum Haus von Mohamed ElBaradei an der Alexandria-Desert-Road ist eine Reise im Zeitraffer – durch alle Schichten des modernen, leidgeprüften Ägypten und durch fast alle Epochen dieses Wunderlandes der Menschheit.

Der Platz riecht nach brennenden Reifen, Steine sind aus seinem Pflaster gerissen worden, Panzer und Barrikaden trennen Ende vergangener Woche die wenigen Mubarak-Anhänger von den vielen Mubarak-Feinden.

Der Weg führt am Ägyptischen Museum vorbei, streng von der Armee bewacht; kaum ein anderes Land der Erde kann auf eine über 5000-jährige, bis heute präsente Kulturgeschichte zurückblicken, nirgendwo sonst leben die Menschen derart mit und in ihrer Vergangenheit.

Dann kommt die Brücke über den Nil, den Fluss, dem die Menschen hier ihre Existenz verdanken. Von der Insel Samalik mit ihrem Wohnviertel der gehobenen Mittelklasse geht es hinüber auf die westliche Seite des Flusses. In den

Außenbezirken reihen sich die Wohnblocks, auf den Dächern illegale, primitive Hütten. Dann taucht das Weltwunder aus dem Smog auf, das schon der griechische Geschichtsschreiber Herodot bestaunte: die Pyramiden Cheops, Cephren, Mykerinos, wie eine gezackte Fata Morgana.

Die Alexandria-Desert-Road führt in eine Villengegend. Hinter hohen Mauern und bewachten Toren haben sich jene niedergelassen, denen der Neid der Normalsterblichen gilt. Es ist ein reiches Viertel, und der Mann, der schon wartet, steht

an der Haustür, freundlich wie immer, schüchtern wie immer.

Wer sich den Gegenentwurf zu einem charismatischen Revolutionär ausdenken soll, könnte auf jemanden kommen, der Mohamed ElBaradei, 68, ähnlich sieht. Ein Volkstribun ist der hornbebrillte, glatzköpfige Intellektuelle nicht. Wie erklärt es sich dann aber, dass dieser sanfte Mann, mit den Leidenschaften Golf und Oper, für viele im Westen als Kairoer „Gesicht der Revolution“ („SZ“) gilt?

ElBaradei, 68, muss sich nichts mehr beweisen – er hat als Atomwaffenkontrollleur zwölf Jahre lang die Internationale Atomenergiebehörde in Wien geleitet, 2005 den Friedensnobelpreis erhalten. Er sagt, dass er bereit sei, als Übergangspräsident zu dienen, denn die Begeisterung hat ihn angesteckt. „Bei uns herrschte lange eine Kultur der Angst. Noch vor Monaten fühlte ich mich wie in einem Land der toten Seelen. Jetzt, da diese

Mubarak zu demonstrieren und für ein neues, ein demokratisches Ägypten.

Der Tahrir-Platz wurde für die Welt zu einer Bühne, auf der sich der beeindruckende Kampf der Ägypter für ihre Freiheit zeigte, auf dem sie miteinander sangen, ihre Parolen riefen, auf dem sie einander beistanden, mit Essen, Decken und Feuer, und auf dem sie beteten, Muslime und Christen gemeinsam.

Es war aber auch der Ort, an dem sich die Brutalität eines Regimes zeigte, das sich nicht vertreiben lassen will; das seine Schergen losschickte gegen jene, die friedlich protestierten, mit Steinen und Gewehren bewaffnet, und mit dem Auftrag, alles niederzuwalzen, was aufbegehrte; und das Jagd machen ließ auf ausländische Journalisten und ihre Kameras, weil die Welt nicht länger hinsehen sollte.

Die Woche auf dem Tahrir-Platz war eine Woche voller Hoffnungen auf eine

Ob es zu einem Dominoeffekt kommt, ob wirklich ein Regime nach dem anderen stürzen wird, ist noch nicht ausgemacht. Sicher ist nur eines: Die Welt erlebt eine Diktatordämmerung.

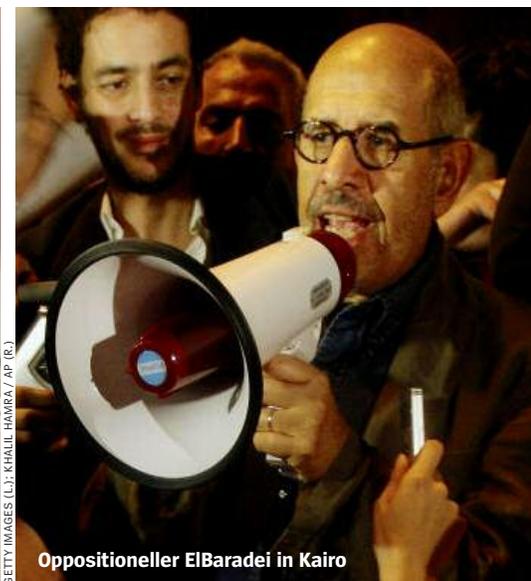
Es hat eine quälende, eine wunderbare und grauenhafte Woche lang gedauert, bis der Führer der westlichen Supermacht sich dazu durchrang, die arabische Revolution eine „Inspiration“ für die ganze Welt zu nennen.

Es war eine dieser seltenen Wochen, in denen Geschichte ganz klein sein kann – dann spielt sie in Sidi Bouzid in Tunesien, wo eine Mutter um einen Sohn trauert, der sich in Brand gesteckt hat; oder sie spielt auf einem runden Platz im Zentrum einer 16-Millionen-Weltstadt. Und dann wird auf einmal Weltgeschichte daraus, die überall dort spielt, wo Könige und Despoten fürchten, es könne ihnen schon bald ergehen wie Husni Mubarak.

Und in Washington D. C. natürlich.



US-Präsident Obama im Weißen Haus



Oppositioneller ElBaradei in Kairo

Angst so umfassend und schnell überwunden wurde, ist alles möglich“, sagt er (siehe Interview Seite 80).

ElBaradei ist der Mann, mit dem zurzeit alle gern reden: die Machthaber, die Revolutionäre, das Ausland. Ein Armeekontakt hat ihm gerade berichtet, wo heute die Straßenschlachten stattfinden. Am Nachmittag ist ein Treffen mit Aktivisten geplant, die bei vielen Demonstrationen die Fäden ziehen – der Bücherwurm hat sich mit der „Facebook“-Generation zusammengetan, hat die jungen Liberalen mit der Muslimbruderschaft zu einem losen „Bündnis für den Wechsel“ unter seiner Führung geeint. Kann er der Befreier Ägyptens sein?

Die Welt hat ein arabisches Wort gelernt in dieser Woche: Tahrir heißt Befreiung, und so heißt der Platz in Kairo, auf dem sich Tag und Nacht Zehntausende, manchmal Hunderttausende versammelten, um gegen das Regime von Husni

bessere Zukunft, aber es war auch eine Woche voller Schrecken und Ungewissheit. Dass die Demonstranten trotzdem weitermachten, zerstörte Vorurteile – jenes, dass die islamische Welt starr, rückwärtsgewandt, aggressiv sei; und jenes, dass sie niemals einen Weg in eine demokratische Moderne finden könne. Und natürlich bestärkten die jungen Ägypter all die Menschen in den arabischen Ländern, die nun für ihre Freiheit aufstehen.

Die arabische Revolution ist zum Lauffeuer geworden, zur Fackel der Freiheit, von vielen getragen. Zuerst kam Tunis, der Sturz eines Unrechregimes durch den Druck der Straße vor nicht einmal vier Wochen; dann die Entwicklung am Nil, die noch keine zwei Wochen alt ist und doch das Land schon umgestülpt hat; inzwischen gibt es auch Volksproteste im Jemen, in Jordanien, in Algerien und sogar in Syrien und im Sudan.

Washington, Samstag, 29. Januar, 10.24 Uhr

Es ist Wochenende, ein kalter, sonniger Samstagmorgen, als Barack Obama ins Weiße Haus zurückkehrt. Nach dem Frühstück hatte er seine Töchter zum Basketball gebracht. Er wäre gern länger geblieben, aber im Situation Room, dem Krisenzentrum der Regierung, warten sie schon auf ihn.

In der Nacht zuvor hat Mubarak sein tagelanges Schweigen gebrochen und sich in einer dramatischen Fernsehrede an sein Volk gewandt: Er habe die Proteste vernommen, er werde seine Regierung entlassen, aber er werde an der Macht bleiben – sieben Monate lang noch, bis zum Ablauf seiner fünften Amtszeit.

Binnen Stunden wurden daraufhin Obamas engste Berater zusammengerufen. Am Tisch sitzen Außenministerin Hillary Clinton, Verteidigungsminister Robert Gates, der Nationale Sicherheitsberater Thomas Donilon, Stabschef Wil-

liam Daley und CIA-Direktor Leon Panetta. Es geht, zunächst, um die Strategie für Ägypten: Was tun mit Präsident Husni Mubarak? Sollen wir ihn stützen oder fallenlassen? „Wir Amerikaner“, betont Obama immer wieder, „dürfen nicht bestimmen, wer dort regiert.“

Doch es geht an diesem Morgen auch um eine Grundsatzfrage, eine Frage, mit der sich Amerikas Außenpolitiker seit den ersten Tagen ihrer Republik quälen. Wollen die USA die „city upon a hill“ sein, das leuchtende Vorbild für den Rest der Welt, die „unersetzbare Nation“, wie es Ex-Außenministerin Madeleine Albright nennt? Oder wollen sie eine berechnende Supermacht sein, die auch vor Allianzen mit Tyrannen nicht zurückschreckt? Ideal- oder Realpolitik?

Kaum ein US-Präsident wusste je so genau, wo er in dieser Frage stand, wie George W. Bush, der verkündete: „Die letzten 60 Jahre, in denen der Westen

lance. Sie stellen die Frage, die seit Tagen die westliche Welt beschäftigt: Können Araber Demokraten sein? Sie zögern, Mubarak, einen der treuesten Verbündeten, fallenzulassen. Sie wollen aber auch nicht auf der falschen Seite der Geschichte stehen.

Ägypten war schließlich ein Musterbeispiel amerikanischer Realpolitik. Nach dem Bruch Ägyptens mit der Sowjetunion Mitte der siebziger Jahre hielt Kairo den Suez-Kanal offen; 1979 schloss es Frieden mit Israel; nach dem 11. September half es im „Krieg gegen den Terror“. Dafür haben die Vereinigten Staaten in den letzten 30 Jahren rund 60 Milliarden Dollar nach Kairo überwiesen. All das gilt nicht mehr.

Was gilt stattdessen?

Die Runde am Samstagmorgen ist zurückhaltend. Sie verständigt sich auf eine vage Sprachregelung, die Außenministerin Clinton am nächsten Tag in die diver-

damentale Umwälzung der Welt, wie wir sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennen“.

Damaskus, Syrien, Samstag, 29. Januar, 18.00 Uhr

Es ist schon dunkel, als sich an der Dschalaa-Avenue vor der ägyptischen Botschaft im Abu-Rumana-Viertel die ersten jungen Menschen sammeln, erst sind es ein paar Dutzend, schließlich an die hundert. Sie halten weiße Kerzen in den Händen und Plakate, auf denen steht: „Dschidda wartet auf dich, Husni“ und: „Für die Freiheit“. Die Demonstranten meinen die Freiheit der Ägypter, Präsident Husni Mubarak soll endlich ins Exil gehen, gern, wenn er will, nach Dschidda, wohin zwei Wochen vorher Tunesiens Staatschef Zine el-Abidine Ben Ali geflohen war. Doch jeder weiß: Sie meinen auch ihre eigene Freiheit, die im straff geführten Syrien noch stärker bedroht ist als am Nil.



Islamistenführer Ghannouchi in Tunis (M.)



Politiker Merkel, Manjafu in Jerusalem

den Mangel von Freiheit im Nahen Osten entschuldigt hat, haben uns kein bisschen sicherer gemacht – weil man langfristig Stabilität nicht auf Kosten der Freiheit erkaufen kann.“

Obama war nie ein Freund von Bushs „Freedom Agenda“, die er durch den Irak-Krieg für irreparabel beschädigt hielt. Aber auch Obama verneigte sich als Präsident tief vor den Öl-Despoten aus Saudi-Arabien. Auch er änderte nichts daran, dass Autokraten in Tunesien, Jordanien oder eben Ägypten ihre Gefängniskammern und Auslandskonten behielten. Irans Grüne Bewegung unterstützte er im Sommer 2009 halbherzig, „einer der größten außenpolitischen Fehler seiner Amtszeit“, wie Senator John McCain schimpft, sein Gegenkandidat im Wahlkampf von 2008 (siehe Seite 82).

Zwei Stunden dauern die Diskussionen, der Präsident und seine Berater ringen um jedes Wort, um die richtige Ba-

sen Sonntags-Talkshows mitnimmt. Sie soll einen „geordneten Übergang“ fordern. Clinton schlägt vor, den früheren Botschafter in Ägypten, Frank G. Wisner, nach Scharm al-Scheich zu schicken. Er kennt Mubarak, er soll dem alten Mann unter vier Augen nahelegen, dass die USA es gern sähen, wenn er den Weg für einen Nachfolger freimachte.

So tastend die Teilnehmer aus der Runde kommen – es ist ein seismisches Beben, das sich an diesem Samstagmorgen in Washington zuträgt. Am Ende wird Mubarak gehen müssen, das steht nach diesem Treffen fest. Und, auch das ahnt die Runde: Es wird künftig in Ägypten nicht mehr ohne die „nichtsäkularen Kräfte“ gehen. Gemeint sind die Islamisten, die Muslimbruderschaft.

Manchen geht diese Festlegung zu weit. Henry Kissinger, lebendes Denkmal der Realpolitik, warnt, die Islamisten an die Regierung zu lassen, das sei eine „fun-

Dass so etwas hier, in Damaskus, geschehen könnte, hatte kein Politiker, kein sogenannter Nahost-Experte für möglich gehalten. Syrien galt wie die ganze Region ja als inbegriff des permanenten Siechtums, als eine auf Rückständigkeit und Apathie abonnierte Weltgegend. Fernost – die Dynamische; Brasilien – die Hoffnungsvolle; Arabien – die Lahme.

Der Export der gesamten Region erreicht, von Erdöl und Erdgas abgesehen, nicht einmal jenen der Beneluxstaaten, das Bruttoinlandsprodukt aller 21 arabischen Staaten ist niedriger als das von Italien. Der von der Uno ermittelte Fortschrittsindex zeigt verheerende Werte. Allein Griechenland übersetzt mehr Bücher aus dem Englischen als alle arabischen Staaten zusammen.

Das alles könnte sich nun ändern – wenn Ägypten, die traditionelle „Mutter Arabiens“, nicht im Chaos eines Bürgerkriegs versinkt. Und wenn das Land nicht

in die Fänge von Radikal-Islamisten gerät. Können die Araber Demokratie – auch und gerade, wenn sie nicht von amerikanischen Kampfflugzeugen herbeigebombt wird wie im Irak? Steht Pluralität womöglich doch nicht in unauslöschlichem Widerspruch zum Islam?

Das Regime in Damaskus fühlt sich merkwürdig sicher. Der Staatspräsident Baschar al-Assad hat seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 eine gewisse politische und wirtschaftliche Öffnung vorangetrieben, die Pressefreiheit ist geringfügig ausgeweitet. Aber hinter Assads weltmännischem Auftritt verbirgt sich ein schlagkräftiger Sicherheitsapparat, der Oppositionelle einsperrt, Demonstranten niederknüpelt und politische Gegner in den Gefängnissen foltert.

Das alles wischt Assad in einem Gespräch mit dem „Wall Street Journal“ zur Seite: „Syrien ist stabil“, sagt er. Er sitzt in elegantem braunem Anzug auf einem

el-Abidine Ben Ali politisch verfolgt waren, haben sich in den zwei Wochen seit seiner Flucht jeden Tag ein wenig mehr in der Öffentlichkeit gezeigt. Heute erleben sie ihren größten politischen und propagandistischen Erfolg: die Rückkehr ihres Anführers, des einstigen Staatsfeinds.

Es erinnert an die Rückkehr eines anderen religiösen Oppositionellen, an Ajatollah Chomeini, der 1979 in Teheran einer Air-France-Maschine aus Paris entstieg. Er sei nicht Chomeini, das hat Ghannouchi immer wieder gesagt, aber den Staat scheint die Parallele zu ängstigen, auch viele Tunesier fürchten, dass er ihren säkularen in einen Gottesstaat umwandeln will, dass er den Frauen das Kopftuch aufzwingen will.

Rachid Ghannouchi lächelt, wenn er das hört. „Wenn Frauen glauben, dass ich ihnen das Kopftuch aufzwingen will“, sagt er, „dann sind sie Opfer von 20 Jahren Propaganda.“ Er sei ein Moderater,

Terrain den Regierungsgegnern gehören. Schon am Vormittag haben sie sich auf den Weg gemacht: Bankangestellte, Taxifahrer, Familien mit Kindern, religiös verschleierte Frauen, Arbeitslose.

Das Regime, heißt es, lasse alle Eisenbahn- und Busverbindungen kappen. Doch noch funktionieren in Kairo die U-Bahnen. Aus allen Vorstädten strömen die Massen in die Innenstadt, die Abteile sind zum Bersten voll. Mehrere hunderttausend füllen zu Mittag den Tahrir-Platz und die angrenzenden Straßen. „Mubarak, hau ab“, rufen sie. „Heute ist dein letzter Tag!“

Aus der Revolte ist längst eine Revolution geworden. Ausländische Journalisten sprechen vom „Kairoer Frühling“. Wird der Diktator heute gestürzt? Die Fernsehbilder der Massendemonstrationen animieren all jene zu kommen, die noch bis vor kurzem Angst vor Polizeigewalt hatten. Dabei mischen sich auch hässliche



braunen Ledersofa und erklärt selbstbewusst, er fürchte keinen Umsturz, denn er sei „eng verbunden mit den Überzeugungen und Interessen des Volkes“. Nur wenn es einen „Riss“ gäbe zwischen den Bürgern und der politischen Führung, entstehe „das Vakuum, das Unruhen hervorbringt“. Die Facebook-Plattform „The Syria Revolution 2011“, bereits 11 000 Mitglieder stark, ruft für den 4. und 5. Februar zu „Tagen des Zorns“ auf.

Tunis, Sonntag, 30. Januar, 11.30 Uhr

Einen solchen Menschaufmarsch hat es selten gegeben am Flughafen von Tunis: Scheich Rachid Ghannouchi landet in seiner Heimat, der Anführer der bislang verbotenen islamistischen Partei al-Nahda, nach 22 Jahren im Londoner Exil.

Rund 5000 Menschen erwarten ihn, die Männer fast alle bärtig, die meisten Frauen im Hidschab, unüblich für Tunesien. Die Islamisten, die unter Präsident Zine

sagt er. Was ihm vorschwebte sei das türkische Modell. Eine Verbindung von Moderne und islamischen Werten. Er distanziert sich vom Radikalismus – und doch stellen viele sich die Frage, ob man ihm wirklich trauen kann. Ein gemäßigter, freundlicher Islamist – ist das nicht zu gut, um wahr zu sein? Welche Rolle werden die Islamisten in diesem neuen Staat spielen? Wie viele werden sie wählen?

Kairo, Dienstag, 1. Februar, 10.00 Uhr

Es ist der achte Tag des Aufstands. Vor dem Tahrir-Platz stehen die Panzer. Es gibt Waffenkontrollen an allen Zugangsstraßen. Doch die Soldaten machen keinen bedrohlichen Eindruck, einige von ihnen scherzen sogar mit den aus allen Himmelsrichtungen herbeiströmenden Menschen. Das Militär werde nicht auf friedliche Demonstranten schießen, hat ein Sprecher angekündigt. Und heute, am Tag des „Marsches der Million“, soll das

Bilder in die Proteste, Bilder von aufgeknapften Mubarak-Puppen und Särgen für den Präsidenten, auf denen ein Davidstern prangt. Bilder, die der Regierung später als Beweis dafür dienen, dass der „Marsch“ angeblich von den islamistischen Muslimbrüdern dirigiert worden sei.

Amman, Dienstag, 1. Februar, 14.00 Uhr

Während sich Ägypten auf den „Marsch der Million“ begibt, weicht König Abdullah II. von Jordanien dem Druck der Straße. Er tut das, was er immer tut, wenn etwas schief läuft: Er feuert die Regierung. Es ist das achte Mal in zwölf Jahren Herrschaft, aber das erste Mal, dass der König damit auf den Volkszorn reagiert. Es ist für die Menschen in Jordanien ein Zeichen, dass sie etwas ändern können.

Seit vier Wochen demonstriert in Jordanien eine bunte Koalition aus Lehrern, pensionierten Soldaten, Arbeitern, Lin-

ken und Studenten, es ist die Geburt einer Bewegung, die sie „Dschain“ nennen: „Wir kommen“. Es fing an mit einer Kundgebung in dem kleinen Ort Thiban südlich von Amman, sie wollten testen, wie Regierung und Polizei reagieren würden. „Aber die Polizei schaute nur zu“, sagt Chalid Kalalda, ein Orthopäde, der eine kleine Praxis in Amman betreibt. Kalalda ist einer der Anführer der Bewegung, er hat schon 1989 protestiert, als der Jordanische Dinar abstürzte und alles plötzlich teurer wurde. Damals reagierte die Polizei brutal, die Demonstranten wurden niedergeknüppelt, Kalalda saß fünf Monate lang im Gefängnis. 1996 protestierten sie gegen hohe Brotpreise, und in Kerak, erzählt er, schossen Soldaten aus Hubschraubern auf die Demonstranten. „Jetzt sind sie schlauer als in Ägypten und Tunesien“, sagt Kalalda.

Denn es ist plötzlich Bewegung in Jordanien, einem Land, das seine englisch-

in Ägypten um – und die Sorge, dass der verlässliche Nachbar von einst im Chaos versinkt, dass auch dort die Islamisten ans Ruder kommen.

Ein junger Reporter steht auf, er will von Merkel wissen, warum der Westen plötzlich von Husni Mubarak abricke, jenem Mann, der doch immer für den Frieden zwischen Israel und Ägypten gestanden habe. Es klingt Unverständnis dafür durch, dass Europa und die USA demokratische Prinzipien höher einstufen könnten als die Sicherheit Israels.

Merkel windet sich. Natürlich stehe die Bundesrepublik an der Seite Israels, andererseits habe sie sich immer für Demokratie und Freiheitsrechte eingesetzt, davon könne sie nicht abrücken: „Es ist das legitime Recht der Ägypter, ihren Unmut über bestimmte Missstände zu äußern.“

Merkels Auftritt in Tel Aviv zeigt, dass nicht nur die Amerikaner und die Europäer, sondern auch die deutsche Regie-

sondern dass die Dinge so enden wie in Iran.

Es wäre einfacher für das Kanzleramt, wenn es ein plausibles Szenario für die Zeit nach Mubarak gäbe. Doch auf wen soll sich Berlin im revolutionären Kairo einlassen? Auf Vizepräsident Omar Su-leiman, mit dem die Deutschen, vor allem ihre Dienste, seit Jahren zusammenarbeiten – der aber ein Mann des alten Regimes ist? Auf Mohamed ElBaradei?

Entsprechend kurvig sind ihre Einlassungen, auch die von Außenminister Guido Westerwelle. Zunächst beschränkte er sich auf die allgemeine Aufforderung, die Proteste müssten friedlich bleiben. Dann redete er davon, dass „ein Wandel notwendig“ sei: „Er muss jetzt beginnen.“ Es war, wie von Obama abgeschrieben, eine verklausulierte Aufforderung an Mubarak, seinen Platz zu räumen.

Nicht einmal die Touristen verstehen, was Berlin eigentlich will. Zuerst warnt



Verletzter Arzt mit verletztem Demonstranten



Regierungsgegner im Jemen

sprachigen Bewohner gern „Hashemite Kingdom of Boredom“ nennen, das Hasmemitische Königreich der Langeweile.

Die Menschen hier sind besser gebildet als in vielen arabischen Ländern, die Meinungsfreiheit ist größer, das Regime weniger repressiv. Trotzdem ist der Frust der Bevölkerung groß, die Jugendarbeitslosigkeit liegt offiziell bei 14 Prozent, vermutlich ist sie doppelt so hoch. Mindestens 14 Prozent der Bevölkerung sind arm, Amman ist eine der teuersten Städte des Nahen Ostens.

Tel Aviv, Dienstag, 1. Februar, 15.30 Uhr

Angela Merkel beendet ihre Rede im Institut für Nationale Sicherheitsstudien. Die Kanzlerin hat den israelischen Freunden ins Gewissen geredet, die Regierung müsse endlich den Friedensprozess mit den Palästinensern wieder in Gang bringen. Das interessiert im Publikum niemanden. Die Israelis treiben die Unruhen

mit sich ringt. Natürlich weiß die Kanzlerin, wie undemokratisch das Regime Mubaraks ist, sie hat Sonntag vor einer Woche eine halbe Stunde mit ihm telefoniert. Das Gespräch hat sie ernüchert zurückgelassen, am anderen Ende der Leitung war ein Mann, der nicht mehr wahrnahm, wie groß der Hunger nach Veränderung in seinem Land ist.

Merkel wird während ihrer zweitägigen Israelreise bedrängt, Mubarak den Rücken zu stärken. Sollte der Präsident stürzen, so die Befürchtung in Jerusalem, dann würden auch andere arabische Führer unter Druck geraten, die mit Israel leidlich Frieden geschlossen haben oder es zumindest in Ruhe lassen – König Abdullah von Jordanien etwa und der saudi-arabische König Abdullah Abd al-Asis Al Saud.

Merkel ist das Kind einer friedlichen Revolution. Aber Ägypten ist nicht die DDR, und sie hat Angst, dass am Ende der Proteste nicht eine Demokratie steht,

das Auswärtige Amt nur vor Reisen in ausgewählte Städte, dann auch vor Reisen in die Touristengebiete. Eine dringende Mahnung, das ganze Land zu meiden, wird erst im Lauf der Woche ausgesprochen.

Kairo, Dienstag, 1. Februar, 22.00 Uhr

Mit einer kämpferischen Rede, mehr Feldherr als Staatsmann, meldet sich Husni Mubarak am späten Abend zurück. Er denke gar nicht an Rücktritt. „Dieses Land ist auch meine Heimat, und hier werde ich sterben.“

Eines immerhin gelingt Mubarak mit diesem Auftritt: Er zerstreut die Gerüchte, er sei krank, schwach, angeschlagen.

Seit der Präsident im November 2003 im Parlament einen Schwächeanfall erlitt, halten sich diese Gerüchte. Öffentliche Spekulationen über den Gesundheitszustand Mubaraks sind seither verboten, sie gelten als Angriffe auf die Au-



ElBaradei

„Agent des Wandels“

Oppositionspolitiker Mohamed ElBaradei, 68, über die Chancen der Demokratie in Ägypten

SPIEGEL: Herr ElBaradei, droht Ägypten ein Bürgerkrieg?

ElBaradei: Ich sehe diese Gefahr. Wir haben einen totalen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und blutige, sogar tödliche Übergriffe erlebt. Ausgeführt wurden sie von Provokateuren, die sich zum großen Teil aus dem Geheimdienst und der Polizei rekrutieren.

SPIEGEL: Haben Sie dafür Beweise?

ElBaradei: Ja, die Täter haben ihre Uniformen ausgezogen, um nicht erkannt zu werden. Als aber einige von den Demonstranten gestellt wurden, hatten sie noch ihre Papiere bei sich. Nur mit Unterstützung der Regierung konnten sie auf ihren Pferden und Kamelen Terror verbreiten. Sie raubten Passanten und Journalisten aus, versuchten die Versorgung der Demonstranten zu verhindern.

SPIEGEL: Müsstent Sie nicht auf den „Platz der Befreiung“ gehen und versuchen, die Menschen dort mit Ihrer Autorität zu beruhigen?

ElBaradei: Ich war einmal da, es kam zu tumultartigen Szenen. Ich muss auf meine eigene Sicherheit achten. Es gibt Leute, die denken, dass sie dem Regime einen Gefallen tun, wenn sie mich töten. Und je länger es mit Husni Mubarak so weitergeht, desto klarer wird: Das Land fällt in sich zusammen, politisch wie wirtschaftlich. Mubarak muss gehen, nicht irgendwann, sondern jetzt. Ich glaube, auch die Amerikaner werden sehr ungeduldig.

SPIEGEL: Sie haben ihm ein Ultimatum gestellt. Das lief am Freitag ab, als die Demonstrationen unter dem Motto standen: Tag des Abschieds ...

ElBaradei: ... und ich sage noch einmal, er muss ganz schnell weg. Ich bin sicher, es wird sich irgendein arabischer Staat finden, der ihn aufnimmt. Ich habe von Bahrain gehört. Wenn er noch einen Funken Patriotismus hat: Das ist seine letzte Chance.

SPIEGEL: Sie kennen Mubarak persönlich. Wie denkt er?

ElBaradei: Ich habe ihn einige Male getroffen, wir haben über Ägyptens Außenpolitik diskutiert. Es waren keine unangenehmen Gespräche. Aber ich glaube, er leidet an der Diktatoren-Krankheit. Keiner in seiner Umgebung

traut sich mehr, ihm zu widersprechen, ihm die Wahrheit zu sagen. Ich denke, es ist sehr einsam um ihn geworden.

SPIEGEL: Und wer soll ihn dann davon überzeugen, dass er gehen muss?

ElBaradei: Das ägyptische Volk. Jetzt, da die Kultur der Angst in Ägypten überwunden ist, wissen die Menschen: Sie können alles erreichen. Ich bin sehr stolz auf meine Landsleute. Vor einigen Monaten noch war ich bei einer Veranstaltung und habe zu meinem Bruder deprimiert gesagt: Tote Seelen, die Ägypter sind alle tote Seelen. Heute schaue ich in die Augen der jungen Leute, und ich sehe: Selbstbewusstsein, Aufbruchstimmung, Zukunftsglaube.

SPIEGEL: Hatten Sie das erwartet?

ElBaradei: Ich hatte es erhofft. Aber ich habe es nicht kommen sehen, jedenfalls nicht in dieser Schnelligkeit. Ein Volk, vor wenigen Monaten noch erstarrt im politischen Koma, ist nun ein Modell für alle unterdrückten Völker der Welt – wahrlich erstaunlich.

SPIEGEL: Ist es ein Vorteil oder Nachteil, dass die Bewegung keinen wirklichen Führer hat? Oder würden Sie so weit gehen, sich selbst als ...

ElBaradei: ... nein, so vermessen bin ich nicht. Es ist eine breite Bewegung. Ich kann nicht sagen, ich bin ihr Führer. Ich bin gern ein Agent des Wandels, und ich arbeite mit den Demonstranten eng zusammen. Was besonders die jungen Leute geleistet haben, ist bewundernswert. Ich bin bereit, sie zu beraten, wie man ihre Erfolge auf der Straße in konkrete politische Ergebnisse verwandeln kann. Gleich nach unserem Gespräch kommen drei ihrer Anführer zu diesem Zweck bei mir vorbei.

SPIEGEL: Um Ihr „Bündnis für den Wechsel“, das neben den Studenten auch die islamistischen Muslimbrüder einschließt, ist es still geworden. Bleibt es dabei, dass Sie auch in deren Auftrag mit der Regierung verhandeln?

ElBaradei: Ja. Ich habe gestern nochmals mit ihrer Vertretung gesprochen. Aber nur, wenn die Bedingungen stimmen, der Präsident weg ist, die Politik der verbrannten Erde beendet wird. Wir geben keinem Vertreter des Regimes Legitimität, der Mubarak stützt.

SPIEGEL: Vizepräsident Omar Suleiman hat schon mit Verhandlungen begonnen. Ohne Sie. Ohne die Muslimbrüder.

ElBaradei: Das habe ich auch gehört. Er hat sich mit den Vertretern der etablierten Parteien getroffen ...

SPIEGEL: ... und so begonnen, die Opposition auseinanderzuidividieren ...

ElBaradei: ... aber diese Parteien haben nicht viel zu sagen. Die wichtigsten Kräfte sind die Demonstranten und die Muslimbrüder, die beiden am besten organisierten Gruppierungen. Ich würde am liebsten bald mit der Armeeführung sprechen, erkunden, wie man einen unblutigen Übergang hinbekommen könnte. Mit einer neuen Verfassung, mit der Auflösung des bisherigen Parlaments. Wie man einen modernen, demokratischen Staat aufbauen könnte.

SPIEGEL: Sehen Sie Parallelen zwischen den Umstürzen in Mittel- und Osteuropa 1989 und den Volksaufständen im arabischen Raum?

ElBaradei: Durchaus. Beides sind große, historische Einschnitte. Was sich jetzt in der arabischen Welt von Tunesien bis zum Jemen abspielt, gleicht einem Flächenbrand. Ich habe keinen Zweifel daran, dass mit dem Wechsel in Ägypten ein Wechsel im gesamten Nahen Osten verbunden sein wird. Wir können einen arabischen Frühling erleben.

SPIEGEL: Der hoffentlich nicht so tragisch endet wie der Prager Frühling. Vor allem die Israelis machen sich Sorgen.

ElBaradei: Es gibt einige Mythen, die Mubarak erfolgreich im Westen und in Israel gestreut hat. Erstens: Wenn er stürzt, kommt sofort das Chaos. Zweitens: Wenn Ägypten sich zu einer Demokratie wandelt, wird der Friedensvertrag mit Israel aufgekündigt, und wir stehen vor einem neuen Nahost-Krieg. Drittens: Wenn der Wechsel da ist, übernimmt in Kairo ein Ajatollah nach iranischem Vorbild. Alles Unsinn.

SPIEGEL: Sie haben also kein Verständnis für Ängste vor den ägyptischen Islamisten?

ElBaradei: Ich denke nicht wie die Muslimbrüder, ich teile nicht ihre religiös-konservative Ideologie. Sie sind im Übrigen nicht in der Mehrheit, sondern haben in Ägypten ein Wählerpotential um die 20 Prozent. Mit al-Qaida verbindet

sie nichts. Sie haben der Gewalt abgeschworen und akzeptieren demokratische Spielregeln.

SPIEGEL: Sie wollen jetzt nicht sagen, dass eine Regierung, an der die Muslimbrüder beteiligt sind, Mubaraks Politik gegenüber Israel fortsetzen wird.

ElBaradei: Nein. Was auch die Israelis begreifen müssen: Es ist unmöglich, mit einem einzelnen Mann Frieden zu schließen. Im Moment haben sie einen Friedensvertrag mit Mubarak, nicht einen mit dem ägyptischen Volk. Die Israelis sollten verstehen, dass ein demokratisches Ägypten in ihrem langfristigen Interesse liegt. Und dass es klug ist, die legitimen Interessen der Palästinenser zu würdigen, ihnen einen Staat zuzugestehen.

SPIEGEL: Was sollte ein neuer Präsident am Verhältnis zu Israel ändern? Würden

torität des Präsidenten und die Stabilität des Landes.

Eingestanden wurden vom Palast zwei Leiden, deren Vertuschung schwergefallen wäre: 2004 wurde Mubarak in München an der Bandscheibe operiert, 2010 in Heidelberg an der Gallenblase.

Sollte Margaret Scobey, die langjährige US-Botschafterin in Kairo, recht behalten? „Mubarak ist bei angemessen guter Gesundheit, sein einziges Problem ist eine Hörschwäche auf dem linken Ohr“, schrieb die Diplomatin am 19. Mai 2009 in einer Depesche an das US-Außenministerium. Und fügte ein Kurz-Psychogramm hinzu, das sich heute liest wie eine Warnung: „Er ist ein erprobter und echter Realist, von Haus aus vorsichtig, konservativ und hat wenig Zeit für idealistische Ziele.“

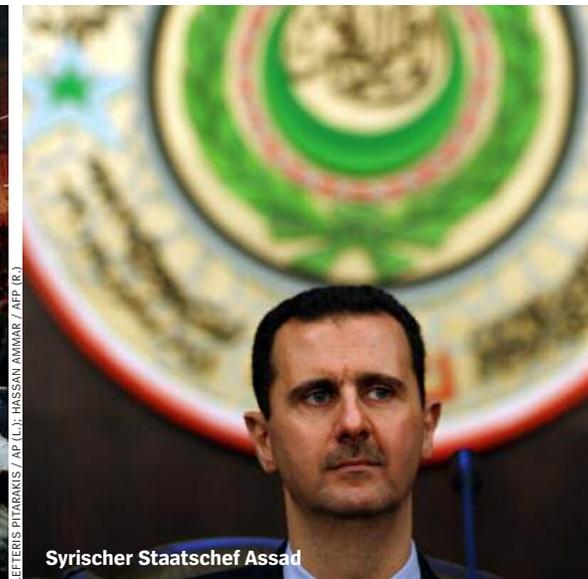
Doch die Rede, die der zornige alte Mann an diesem Dienstag hält, lässt auch die Letzten an seinem Realitätssinn zweifeln: Länger als sieben Monate will er

Noch vor zwei Wochen wäre es undenkbar gewesen, zu Zehntausenden durch die Straßen Sanaas zu ziehen und den Rücktritt des ewigen Präsidenten Ali Salih zu fordern. Erst im Januar hat der 68-Jährige eine Verfassungsänderung einleiten lassen, um bei der Wahl 2013 noch einmal kandidieren zu können. Das ist vorbei. Auf einer Dringlichkeitssitzung des Parlaments sagt er: „Ich werde meine Amtszeit nicht noch einmal zu verlängern suchen.“ Er verspricht eine Regierung des Übergangs. Er hält sich für klüger als seine Kollegen, die anderen Autokraten.

Doch die Aussichten im Jemen sind düster, und das in allen Himmelsrichtungen. Im Norden rebellieren die Huthi-Milizen gegen die Bevormundung durch Sanaa. Im Osten rekrutiert die Qaida unter den desperaten Jungmännern. Im Süden ist die Separatistenbewegung erstarkt, und von Westen, über das



Demonstranten in Kairo verfolgen Obama-Rede



Syrischer Staatschef Assad

Sie den Hardliner-Premier Benjamin Netanyahu besuchen?

ElBaradei: Ich bin schon früher nach Israel gereist. Aber politisch kommt es mir immer mehr auf die Substanz an als auf die Form. Natürlich muss das Los der Menschen im Gaza-Streifen verbessert, die Blockade sofort aufgehoben werden. Ich sage meinen israelischen Freunden: Es liegt auch in eurem Sicherheitsinteresse, die Palästinenser als Partner zu behandeln, ihnen Rechte zuzubilligen, sie nicht zu demütigen.

SPIEGEL: Und – werden Sie Präsident?

ElBaradei: Ich strebe nicht danach. Aber ich werde die Erwartungen, wenn sie an mich gerichtet werden, auch nicht enttäuschen. Inhaltlich möchte ich unabhängig bleiben und halte Distanz – sowohl zu den Muslimbrüdern wie zur US-Politik.

INTERVIEW: ERICH FOLLATH

noch durchhalten, während auf dem Tahrir-Platz Hunderttausende seinen Rücktritt fordern.

Sanaa, Jemen, Mittwoch, 2. Februar, 11.00 Uhr „Weg mit Ali! Weg mit Ali!“, skandieren die Demonstranten in der Hauptstadt des Jemen, mehr als 10 000 sind es am frühen Vormittag. Es klingt wie ein Remake von Tunis, und das soll es auch sein. Aber die Protestierenden stehen auf dem Universitätsplatz in Sanaa. Ihr „Ali“ heißt Ali Abdullah Salih und herrscht als Präsident seit 33 Jahren über das ärmste Land Arabiens.

Zu lang, für seine Gegner. Und die sind zahlreich. Es sind Sozialisten, Jugendliche, Studenten und Mitglieder der islamistischen Islah-Partei, die ihre Rechte einfordern, über sich in den Himmel gereckt Stöckchen mit der Nationalflagge oder einen rosa Fetzen Stoff, das Symbol der jemenitischen Protestbewegung.

Meer, kommen täglich Hunderte Flüchtlinge aus Somalia, Äthiopien, dem Sudan.

„Weg mit Ali!“ hilft angesichts dieser Lage nur bedingt. Das wissen auch die Oppositionsführer. Der Jemen ist eine Zeitbombe. Die hält niemand gern in den Händen. „Die Opposition hat in Wahrheit Angst vor einem Sturz des Regimes“, sagt der Menschenrechtler Chalid al-Alisi. „Sie hat Angst vor den Militanten, vor al-Qaida, den Stämmen und den ganzen Waffen hier.“ Hier will man Reformen, bloß keine Revolution.

Nicht überall ist Tunis.

Sidi Bouzid, Tunesien, Mittwoch, 2. Februar, 14.00 Uhr

In Sidi Bouzid laufen an diesem Mittwoch die Fernseher, überall läuft al-Dschasira, es sind die Bilder von den Ausschreitungen auf dem Tahrir-Platz in Kairo, sie zeigen die Steinschlächten zwischen den



US-Politiker McCain

„Ich mache mir große Sorgen“

Der republikanische Senator und ehemalige Präsidentschaftskandidat John McCain, 74, über die amerikanische Nahost-Politik und seine Angst vor den Muslimbrüdern

SPIEGEL: Hat die Obama-Regierung zu lange gebraucht, um in der Ägypten-Krise einen klaren politischen Kurs zu finden?

McCain: Ich wollte zwar Präsident werden, aber da ich es nicht bin, habe ich auch nicht alle Informationen, über die Barack Obama verfügt. Bislang, finde ich, hat der Präsident die Krise gut gemeistert.

SPIEGEL: Washington möchte nicht auf der falschen Seite der Geschichte stehen – so wie in Iran nach dem Sturz des Schahs. Wie kann das gelingen?

McCain: Wir haben lange verkannt, dass sich die Menschen im Nahen Osten genau wie alle anderen nach Freiheit und Demokratie sehnen. Präsident Obama scheint das jetzt eingesehen zu haben, aber er hat lange dafür gebraucht. Darf ich Sie daran erinnern, dass er sich weigerte, die Niederschlagung der Grünen Bewegung in Iran 2009 offen zu verurteilen, und die Demonstranten nicht klar unterstützte? Das war einer der größten außenpolitischen Fehler seiner Präsidentschaft.

SPIEGEL: Muss es in Ägypten bald Wahlen geben – oder könnte genau das für neues Chaos sorgen?

McCain: Präsident Husni Mubarak muss abtreten, und die Armee sollte gemeinsam mit demokratischen Organisationen die Verantwortung übernehmen. Diese Gruppen – mit Ausnahme der Muslimbruderschaft – sollten eine Übergangsregierung bilden und Wahlen im September anpeilen.

SPIEGEL: Viele Beobachter fühlen sich an die iranische Revolution 1979 erinnert – als nach dem Sturz des Schahs die Mullahs die Macht übernahmen. Droht Ägypten solch ein Szenario?

McCain: Ich mache mir große Sorgen, dass diese Freiheitsbewegung von Extremisten übernommen wird, so wie wir es leider im Jahr 1979 in Iran erlebt haben.

SPIEGEL: Denken Sie, dass sich Demokratie in der arabischen Welt überhaupt etablieren kann?

McCain: Aber natürlich. Vor allem in Ägypten, dem kulturellen und politischen Zentrum des Nahen Ostens. Aber je länger die Demonstranten unterdrückt werden, desto eher könnten die Islamisten die Situation ausnutzen und die Macht an sich reißen.

SPIEGEL: Im Gaza-Streifen ist das demokratische Experiment aus US-Sicht nicht aufgegangen. Washington beharrte dort 2006 auf freien Wahlen – aus denen die radikale Hamas als Sieger hervorging.

McCain: Die Wähler hatten nur die Wahl zwischen zwei Übeln: der Palästinenservertretung Fatah, einer korrupten und gescheiterten Organisation, und der Hamas, einem Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft. Was fehlte, war ein echter Wahlkampf mit verschiedenen Optionen.

SPIEGEL: Stehen Sie der Muslimbruderschaft nicht zu kritisch gegenüber?

McCain: Die Muslimbruderschaft ist eine radikale Gruppe, der es in erster Linie darum geht, die Scharia anzuwenden. Sie ist durch und durch antidemokratisch, vor allem in Bezug auf die Rechte von Frauen. Sie arbeitet mit Terroristen zusammen, weshalb sie von der Übergangsregierung ausgeschlossen werden sollte.

SPIEGEL: Die aktuellen Berichte des Weißen Hauses scheinen aber in einer Übergangsregierung eine gewisse Rolle für die Muslimbruderschaft vorzusehen?

McCain: Das beunruhigt mich ja so sehr. Sie an einer Übergangsregierung zu beteiligen wäre ein Fehler von historischer Größe.

SPIEGEL: Befürchten Sie auch, dass der Oppositionspolitiker ElBaradei von der Muslimbruderschaft instrumentalisiert werden könnte?

McCain: Ja, es ist möglich, dass ElBaradei ihr Spitzenmann wird, denn er selbst hat weder Gefolgschaft noch politischen Einfluss in Ägypten. Schließlich hat er die meiste Zeit seines Lebens außerhalb Ägyptens verbracht.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die Krise in Ägypten einen Dominoeffekt in anderen Staaten der Region auslösen könnte?

McCain: Es besteht gar kein Zweifel, dass die momentane Bewegung in Ägypten auf andere Länder ausstrahlt. Das heißt aber nicht automatisch, dass in allen Ländern der Region die gleiche Entwicklung ansteht, dazu sind die Länder des Nahen Ostens viel zu unterschiedlich, den Wunsch nach Demokratie und freien Wahlen findet man aber bei allen.

SPIEGEL: Markiert der politische Wandel in Ägypten das Ende der klassischen Realpolitik?



Oppositionelle im Gebet vor einem Panzer in Kairo

McCain: Ich glaube, kein Land kommt in seiner Außenpolitik ohne ein vernünftiges Maß an Realpolitik aus. Gleichzeitig muss man hier eine Balance versuchen zu erreichen zwischen der Realpolitik und den Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten.

Diese Balance zu halten ist die größte Herausforderung, der sich die westlichen Nationen stellen müssen, die Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen. Sich immer nur nach der Realpolitik auszurichten wäre einfach, aber wir müssen gleichzeitig das Prinzip verteidigen, dass jeder mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet ist.

INTERVIEW: MARC HUIJER, GREGOR PETER SCHMITZ

Anti-Mubarak-Demonstranten und den Regimetreuen.

Die Bilder haben etwas mit ihnen zu tun, das spüren sie hier.

Es war in Sidi Bouzid, wo die Erschütterung ihren Anfang nahm, die nun in der ganzen arabischen Welt zu spüren ist. Im tunesischen Bergtal, gut 200 Kilometer südlich von Tunis, einer unscheinbaren Stadt inmitten einer kargen Landschaft voller Olivenbäume. Hier zündete sich am 17. Dezember der 26-jährige Gemüsehändler Mohammed Bouazizi an, weil er verzweifelt war, arm und gedemütigt, und er entflamte die arabische Welt.

In ihrem einfachen Haus aus Backstein sitzt Manoubia, die Mutter von Mohammed Bouazizi. Natürlich sei sie stolz, sagt sie, sie hoffe, dass das ganze arabische Volk frei sein werde, dank ihres Sohnes. Und natürlich hoffe sie, dass auch Mubarak falle, auch so ein Diktator, der sein Volk unterdrücke.

Doch vor allem ist sie traurig und erschöpft, sie hat wochenlang über ihren toten Sohn geredet, sie kann nicht mehr.

sind nicht so leicht in den Griff zu kriegen.

Am vergangenen Montag greifen Sicherheitskräfte ihren eigenen Innenminister in seinem Ministerium an, weil er eine Untersuchung von Zusammenstößen angekündigt hat. Eine Kommission, die politische Reformen vorbereiten soll, hat gerade erst ihre Arbeit begonnen. Und auf Twitter mehren sich unter den tunesischen Aktivisten wieder die pessimistischen Stimmen.

Das Tunesien, in dem der Islamist Rached Ghannouschi gelandet ist, hat viele Probleme, und die Ankunft eines islamistischen Politikers scheint das geringste zu sein – erst einmal muss das Land es schaffen, eine Demokratie zu werden.

Jerusalem, Mittwoch, 2. Februar, 18.00 Uhr

Auch Mubaraks Bündnispartner Benjamin Netanjahu distanziert sich nun von Mubarak. „Wenn die jüngere Geschichte uns etwas lehrt, dann, dass die Basis für Frieden umso größer ist, je stärker die demokratische Basis ist.“ Seit 32 Jahren,

völkerung, die diese Verträge lieber heute als morgen aufkündigen würde. Es fürchtet sich vor den Muslimbrüdern, aus denen einst die Hamas hervorging, und glaubt, dass die Grenze nach Gaza ohne ägyptische Kooperation schwerer zu kontrollieren sein wird.

Der ehemalige Chefberater von Ariel Scharon, Dov Weissglas, kritisiert in einem Kommentar in „Jedioth Acharonoth“, der größten Tageszeitung des Landes, nicht etwa das Regime Mubaraks, das auf Demonstranten schießen lässt, sondern die Treulosigkeit der Amerikaner. „Der Schlag ins Gesicht, den Mubarak einstecken musste in dieser Zeit der Krise, erinnert uns wieder einmal an das wenig schöne Gesicht der USA, die ohne zu zögern freundliche Regenten in Zeichen der Krise verstoßen.“

Kairo, Donnerstag, 3. Februar, 11.00 Uhr

Es ist nicht mehr leicht, sich aus Kairo Stadtzentrum bis zur Nil-Insel Roda durchzuschlagen. Hier hat, in einem schä-



Demonstranten vor ägyptischer Botschaft in Amman

Während in Ägypten das Volk noch für seine Revolution kämpft, sind die Tunesier schon drei Wochen weiter.

Tunesien lehrt vor allem eines: Eine Revolution mag eine Sache von wenigen Wochen sein, doch aus einer Diktatur einen neuen, gefestigten Staat zu formen, dauert wesentlich länger.

Tunesien ist ein instabiles Land in diesen Tagen. Es gibt immer noch Demonstrationen, und die Polizei geht wieder mit Härte gegen die jugendlichen Demonstranten vor. Sie nebelt die Straßen mit Tränengas ein und knüppelt jugendliche Demonstranten blutig. Die Straßen sind voller Polizei und Geheimpolizei.

Es ist unklar, wer die Macht hat im Staat und auf den Straßen der Hauptstadt. Zwar ist eine zweite Übergangsregierung im Amt, von alten Kadern gesäubert, aber die repressiven Kräfte

seit dem Frieden von Camp David, hat sich Israel um die Demokratie in Ägypten nicht gekümmert, das ist das israelische Paradox. Die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ fürchtet sich davor, dass ihre Nachbarn demokratisch werden.

Praktisch tun die Israelis daher selbst in dieser Woche noch alles, um Mubarak zu helfen: Stillschweigend erlauben sie der ägyptischen Armee, in Scharm al-Scheich einzurücken – obwohl der Sinai nach dem Friedensvertrag eine entmilitarisierte Zone ist.

Die Ägypten-Krise ist für Israel ein doppeltes Desaster: kurzfristig, weil die Israelis sie nicht vorhergesehen haben. Langfristig fürchtet Israel, dass die Unruhe aus Ägypten vielleicht auf Jordanien übergreifen könnte. Beide Länder haben prowestliche Regime, die den Frieden unterstützen – aber eine israelfeindliche Be-

bigen Mietshaus, die ägyptische Muslimbruderschaft ihr Hauptquartier.

Gebannt blickt die Welt in diesen Tagen auf die älteste Bewegung des politischen Islam, gegründet 1928 von Hassan al-Banna, einem Lehrer. Wie glaubwürdig sind die Demokratieversprechen der Bruderschaft? Und welche Rolle wird die Organisation spielen, sollte Mubarak doch noch gestürzt werden?

Die Bruderschaft gilt als Keimzelle des politischen Islam, aus der später militante und terroristische, aber auch gemäßigte und liberale Strömungen hervorgingen, vom Terrornetzwerk al-Qaida bis zur türkischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP). Sie hat legale und illegale Zweige in zahlreichen Ländern, zu ihnen gehören die palästinensische Hamas, die jordanische „Islamische Aktionsfront“ und die tunesische „al-Nahda“-Partei. In ihrem



„Wir wollen keine Gewalt“

Raschad al-Bajumi, 76, stellvertretender Führer der Muslimbruderschaft, über die Forderungen der Islamisten

SPIEGEL: Bricht für Ägypten jetzt eine neue Zeit an?

Bajumi: Nach 30 Jahren der Unterdrückung, Korruption und Diktatur stehen wir definitiv an einem Scheideweg. Die Frage ist jetzt, wollen wir den Weg frei machen für Demokratie und Menschenrechte, oder wollen wir weiterhin die Diktatur? Die Revolution wird so lange weitergehen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.

SPIEGEL: Und welche sind das?

Bajumi: Erstens brauchen wir einen Regimewechsel. Wir wollen eine neue Regierung. Zweitens brauchen wir Neuwahlen. Das derzeitige Parlament hat keine Legitimation, es ist nur aufgrund massiver Wahlfälschung angetreten. Drittens müssen umgehend alle politischen Häftlinge entlassen werden. Wir wollen Gerechtigkeit. Und schließlich brauchen wir eine Übergangsregierung, in der auch sämtliche Oppositionsgruppen vertreten sind.

SPIEGEL: Schließt diese Übergangsregierung auch Mohamed ElBaradei ein? Akzeptieren Sie ihn als Kandidaten?

Bajumi: Unsere Forderungen sind kompatibel mit den Forderungen aller Oppositionsgruppen, inklusive der Jugend und nicht nur der politischen Parteien. Es ist aber zu früh, von neuen Führern zu sprechen. Jetzt entscheidet erst mal das Volk – lassen wir das Volk sprechen.

SPIEGEL: Die Bruderschaft gilt als größte Oppositionsbewegung Ägyptens. Warum sind Sie nicht präsent bei den Demonstrationen?

Bajumi: Das ist doch Unfug! Natürlich sind wir präsent. Aber wir halten uns als Organisation zurück. Wir treten nicht mit unseren Slogans auf. Wir wollen nicht, dass diese Revolution als Revolution der Muslimbrüder dargestellt wird, als islamische Revolution. Dies ist ein Volksaufstand aller Ägypter.

SPIEGEL: Haben Sie sich mit Vertretern der Regierung oder der Armee getroffen?

Bajumi: Nein, bislang nicht.

SPIEGEL: Im Westen gibt es die Befürchtung, dass sich die Bruderschaft auf die Macht vorbereitet, dass sie Ägypten in einen Gottesstaat verwandeln will.

Bajumi: Der Westen will uns nicht zuhören. Wir sind keine Teufel. Wir wollen Frieden, keine Gewalt. Unsere Religion ist keine teuflische Religion. Unsere Religion respektiert die Andersgläubigen, das sind unsere Prinzipien. Aber dieses Regime stellt uns bewusst falsch dar und manipuliert die öffentliche Meinung.

SPIEGEL: Wie viele Mitglieder hat Ihre Bewegung?

Bajumi: Ich weiß es nicht, wir zählen nicht. Die Regierung sagt, wir seien drei Millionen und mehr, ich weiß nur, wir sind überall, es gibt uns in jeder

Heimatland sind die „Ichwan al-Muslimun“ als Partei verboten, mit vermeintlich „unabhängigen“ Kandidaten im Parlament aber vom Mubarak-Regime geduldet.

Auf 20 bis 30 Prozent schätzen Experten den Rückhalt der Muslimbrüder in der ägyptischen Bevölkerung ein. Das ist viel, aber auch nicht so viel, dass von einer automatischen Machtergreifung der Islamisten auszugehen ist, sobald das Regime stürzt. Und sollte die Bruderschaft eine Teilhabe an der Macht gewinnen, würde sie Ägypten in einen Gottesstaat verwandeln? „Unsinn“, sagt Issam al-Irian, ein Sprecher der Organisation. „Wir wollen das, was alle Ägypter wollen, wir wollen Demokratie und Menschenrechte, wir wollen Chancengleichheit, wir wollen ein Ende der Korruption.“

Sind das bloße Lippenbekenntnisse? Oder haben die Muslimbrüder tatsächlich dazugelernt?

Bis heute fällt es der Bruderschaft schwer, sich von ihrem radikalen Theo-



Anti-Mubarak-Protest in Kairo: Die Revolution, ein Familienausflug

Stadt, jedem Dorf, in jeder Nachbarschaft. Wir sind ein unverzichtbarer Teil des Volkes.

SPIEGEL: Wie viele Ägypter würden Ihnen ihre Stimme geben, wenn es tatsächlich demnächst freie Wahlen geben sollte?

Bajumi: Warten wir ab, bis das Volk spricht. Dies ist eine Zeit des Umbruchs und des demokratischen Übergangs. Davon wollen wir jetzt sprechen, nicht von Wahlergebnissen.

SPIEGEL: Wird das Land wieder zur Ruhe finden?

Bajumi: Für das Chaos ist einzig und allein die Regierung verantwortlich. Ich schwöre Ihnen, die Muslimbruderschaft hat nicht zur Gewalt aufgerufen und wird das auch nicht tun.

INTERVIEW: DANIEL STEINWORTH,
VOLKHARD WINDFUHR

retiker Sajjid Kutb zu distanzieren – das ist eine Kehrseite der Bewegung. Denn es war Kutb, der den heiligen Krieg gegen alle verwestlichten und verweltlichten Herrscher zur Maxime erhob. Auch die Selbstmordattentäter des 11. September lasen seine Handlungsanweisung „Wegmarken“.

Kairo, Garana Farm, Donnerstag, 3. Februar, 15.00 Uhr

Während die Führer einiger kleiner Parteien schon mit dem neuen Vizepräsidenten Omar Suleiman verhandeln, stellt Mohamed ElBaradei Bedingungen. Gespräche und Kompromisse ja, aber nur nach dem endgültigen Abtritt Mubaraks.

Vor ein paar Stunden hat Guido Westerwelle angerufen. „Sympathisch“ fand der Ägypter das. Auch mit den Botschaftern der USA und Großbritanniens in Kairo führte ElBaradei in den vergangenen Tagen intensive Gespräche. Der Frie-



Freitagsgebet der Mubarak-Gegner in Kairo: „Tag des Abschieds“

densnobelpreisträger hat den Vorteil, dass ihm keiner eine zu große Nähe zu Washington unterstellen kann. Er war wegen seiner Vorbehalte gegen den Irak-Krieg und der Aufdeckung amerikanischer Kriegslügen so verhasst, dass die CIA sein Telefon anzapfte.

Doch was Amerika von ihm hält, ist nur die eine Frage. Die andere, wichtigere, ist: Wollen ihn die Ägypter? ElBaradei hat keine wirkliche Machtbasis im Land. Viele kennen ihn nicht. Die letzten Jahrzehnte hat er in den USA und Europa gelebt. Als er im Februar 2010 nach Kairo zurückkam und sich den Protestierenden anschloss, machte er das zu einer Episode – und verließ das Land, um in Europa seine Memoiren zu schreiben.

Er kam erst zurück, als die Revolution schon seit zwei Tagen tobte, und zeigte sich nur einmal, bei einer Demonstration auf dem Tahrir-Platz. Für viele Ägypter wirkt er in den Stunden der Entscheidung

zu taktierend. Zu abgehoben vom Staub der Straße. Und darum könnte es sein, dass sich das kleine Fenster gerade schließt, das Mohamed ElBaradei zu einem der ganz Großen der Geschichte hätte machen können. Es scheint, als genüge es ihm, der, wie er es formuliert, „Katalysator des Wandels“ zu sein.

Tahrir-Platz, Freitag, 4. Februar, 17.00 Uhr

Sie lassen sich nicht einschüchtern, obwohl die Auseinandersetzungen mit den Schlägertrupps des Regimes mindestens 13 Tote und über 5000 Verletzte gefordert haben. In der Nacht zum elften Tag der Massenproteste haben 10000 Demonstranten auf dem Tahrir-Platz ausgeharrt, hinter notdürftig errichteten Barrikaden, die sie vor Angriffen schützen sollen.

Ein paar Tage lang hatte es so ausgesehen, als sei diese Revolution ein Familienausflug. Ein euphorisches Rendezvous mit der Geschichte, eine perfekte Revolte

mit unvergesslichen Bildern: Babys, zum Erinnerungsfoto auf die Panzer gehievt, strahlende Soldaten, die mit den Aufständischen Brot, Wasser und Datteln teilten.

Dann aber wurde wahr, was Mao Zedong, Chinas zynischer Großmeister des Umsturzes, formuliert hat: „Eine Revolution ist kein Gastmahl ... oder Deckchensticken. Die Revolution ist ein Gewaltakt.“ Am Mittwoch hatte die Staatsmacht zurückgeschlagen. Über den Hauptplatz von Kairo galoppierten apokalyptische Reiter, peitschenschwingend und demonstrantenjagend auf ihren Pferden und Kamelen.

Straßenschlachten mit Molotowcocktails und primitiven Steinschleudern folgten, es waren Bilder wie aus einer anderen Welt, einer anderen Zeit, und das alles vor dem Hintergrund eines maskenhaft agierenden Präsidenten, der allen Ernstes angesichts dieser blutigen Auseinandersetzungen noch sieben Monate im Amt bleiben will.

Und jetzt, zum „Tag des Abschieds“, sind gegen Mittag eine Viertelmillion Menschen auf dem Platz der Befreiung, um Mubaraks Rücktritt zu fordern. Am Ende dieser ägyptischen Woche, einer Woche der Weltpolitik, ist so ungewiss wie zu ihrem Beginn, ob die Hoffnung auf Demokratie sich erfüllen kann.

Es war, je nach Perspektive, ein kluger oder ein zynischer Schachzug, marodierende Schergen auf die Demonstranten loszuschicken. Denn die Armee, deren Oberkommandierender Mubarak ist, hat in Ägypten nun eine vermittelnde Rolle eingenommen zwischen den Kräften der Opposition und dem Regime.

Und obwohl am vergangenen Freitag so viele Menschen auf dem Tahrir-Platz waren wie kaum je zuvor, hat der Druck auf Mubarak ein wenig nachgelassen. Was ein paar Tage zuvor noch unvorstellbar schien, schien plötzlich wieder möglich: Was, wenn er bleiben würde? Was, wenn die Macht einfach übergehen sollte an seine rechte Hand, den bisherigen Geheimdienstchef und jetzigen Vizepräsidenten Suleiman?

Die EU fordert am Freitag Mubaraks Rücktritt. Und auch aus New York dringen seltsame Nachrichten nach Kairo: Die USA wollen eine von der Armee unterstützte Regierung unter einem Übergangspräsidenten Suleiman dulden. Ist das ein Beginn? Und wenn ja, wovon? Was für ein Beginn kann das werden? Oder ist alles schon wieder zu Ende?

Dann würde der Traum von der ägyptischen Revolution zerbrechen, jener Traum, den die Menschen auf dem Tahrir-Platz zwei Wochen lang geträumt haben, und es begänne eine neue Phase der Realpolitik. DIETER BEDNARZ, ERICH FOLLATH, MATTHIAS GEBAUER, MARC HUJER, SUSANNE KOELBL, JULIANE VON MITTELSTADT, RENÉ PFISTER, MATHIEU VON ROHR, GREGOR PETER SCHMITZ, DANIEL STEINVORTH, VOLKHARD WINDFUHR